

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

22.8.1928 (No. 195)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Zeitung Nr. 14
Verlagspreis:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
C. H. Seyffert
Karlsruhe

Verlagspreis: Monats 3.25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das Programm für Genf

Für die auf die Unterzeichnung des Kellogg-Pakties unmittelbar folgende Tagung des Plenums und des Rates des Völkerbundes liegt ein sehr reichhaltiges und zum Teil sehr wichtiges Programm vor.

Die V. Völkerbundsversammlung wird am Montag, den 27. August, im Außenministerium eröffnet werden.

Das größte Interesse beansprucht, wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt, die Abrüstungsfrage. Der Ratstagung wird eine Sitzung des unter der Leitung des Grafen Bernstorff arbeitenden Sonderausschusses vorausgehen, der dem Rat über die Einberufung einer internationalen Konferenz über die Kontrolle der Rüstungsindustrien Vorschläge machen soll. Der Bericht des Sicherheitskomitees wird der Völkerbundsversammlung Anlaß geben, sich über das Abrüstungsproblem auszusprechen, und hierbei wiederum wird es möglicherweise zu einer Auseinandersetzung über das englisch-französische Protokollkommen kommen, da die amerikanische Regierung anscheinend entschlossen ist, in Genf Frankreich und England zu nötigen, sich über das Kompromiß klarer zu äußern als bisher.

Der Völkerbundsrat, der am 30. August zusammentreten und bis zur Eröffnung der Völkerbundsversammlung tagen wird, wird sich abermals und zwar auf Grund des Berichts des holländischen Außenministers DeLaetius van Blootland, mit den litauisch-polnischen Differenzen zu beschäftigen haben. Von den 35 Punkten seiner Tagesordnung ist noch die oberste Stelle die Schlußfrage zu erwähnen; es liegt auch diesmal eine Beschwerde des deutschen Völkerbundes vor. Dem Abrüstungsproblem wird sich der Rat, der seine Arbeit Mitte September wieder aufnehmen wird, voraussichtlich erst dann zuwenden, wenn die Völkerbundsversammlung dazu Stellung genommen hat.

Dass in Genf die Räumungsfrage eine Rolle spielen wird, ist zu erwarten, ob in entscheidender Weise, steht dahin.

Wie alljährlich werden bereits jetzt die ersten Präzedenzfallentscheidungen in Umlauf gesetzt.

Gerüchteleise verlautet, daß dem japanischen Ratmitglied und Vorkämpfer in Paris, Wani, der im vorigen Jahre ernstlich in Frage kam, nunmehr die Präsidentschaft der neuen, neunten, Versammlung angeboten werden soll. Andere Gerüchte sprechen davon, daß Holland, dessen zweijähriges Mandat als nichtständiges Ratmitglied Mitte September abläuft, für die Präsidentschaft in Frage komme. In diesem Falle würde die Präsidentschaft dem holländischen Außenminister DeLaetius van Blootland zufallen. Auch für die drei ausstehenden nichtständigen Ratmitglieder China, Kolumbien und Holland werden bereits Kandidaten genannt. Während die Wahl Spaniens an Stelle Hollands und die Venezuelas oder eines anderen südamerikanischen Staates für Kolumbien als sicher gilt, ist die Wahl eines nichtständigen Ratmitgliedes für Indien noch offen. Vielfach wird damit gerechnet, daß China seine sofortige Wiederwählbarkeit beantragen wird.

Die Radiostation für den Völkerbund

Nach einem Berner Bericht des „Journal des Debats“ scheint nunmehr zwischen den Sachverständigen der Schweiz und des Völkerbundes eine grundsätzliche Verständigung über den Bau der Radiostation für den Völkerbund in der Nähe Genfs erzielt worden zu sein. Zunächst war daran gedacht worden, angesichts der Bedeutung dieser Station für den Völkerbund in Krisenzeiten eine autonome Radiostation des Völkerbundes zu errichten. Angesichts gewisser betriebstechnischer sowie politischer und militärischer Bedenken, die von der Schweiz dagegen geltend gemacht wurden, wird nunmehr jedoch vorgeschlagen, die Radiostation doch von der Schweiz zu errichten und unter ihrer Kontrolle betreiben zu lassen, während sie andererseits in Krisenzeiten unter die Autonomie des Generalsekretärs des Völkerbundes gestellt würde. Eine entsprechende Denkschrift wird vom schweizerischen Bundesrat der nächsten Völkerbundsversammlung unterbreitet werden.

Der deutsche Außenhandel im Juli

Der deutsche Außenhandel zeigt im Juli 1928 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 268 gegen 215 Millionen Reichsmark im Vormonat. Die Einfuhr hat ihre im Juni wieder aufgenommene Steigerung auch im Juli beibehalten.

Die Zunahme von 74,3 Millionen Reichsmark erklärt sich jedoch überwiegend durch Terminabrechnungen im Niederlageverkehr. Die hierfür besonders in Betracht kommenden Waren, wie Kaffee, Tee, Kakao und Mineralöle, haben allein eine Einfuhrsteigerung um 70,5 Millionen Reichsmark aufzuweisen. Bei einer Reihe anderer Waren sind die Erhöhungen in erheblichem Umfang saisonbedingt. Diese haben auf die Gesamtentwicklung nur geringen Einfluß gehabt, weil sie größtenteils durch Rückgänge ausgeglichen wurden. An der Steigerung der Gesamteinfuhr sind Lebensmittel und Rohstoffe und halbfertige Waren beteiligt; Fertigwaren wurden dagegen geringfügiger eingeführt. Die Einfuhr von Gold betrug 119,1 Millionen Reichsmark, mithin gegen den Vormonat 70,6 mehr. Das Gold stammte zu drei Vierteln aus Rußland, der Rest fast ganz aus Großbritannien.

Auch die Ausfuhr ist im Juli wieder etwas gestiegen. Die Zunahme von 22,1 Millionen Reichsmark hat in erheblichem Umfang Saisoncharakter. Mit 18,9 Millionen Reichsmark entfällt sie überwiegend auf Rohstoffe, und mit 4,2 Mill. Reichsmark auf Fertigwaren, während Lebensmittel und Getränke um 2 Millionen Reichsmark zurückgingen.

Letzte Nachrichten

Sitzung des Reichskabinetts

WEW. Berlin, 22. Aug. (Tel.) Das Reichskabinett ist heute vormittag um 11 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten, um vor allem die Fragen zu besprechen, die mit der bevorstehenden Reise Dr. Stresemanns nach Paris und der Genfer Völkerbundsversammlung zusammenhängen. Reichsminister Dr. Stresemann nimmt damit zum ersten Male an einer Sitzung des neuen Kabinetts teil.

Frankreichs Bedingungen für die Rheinlandräumung

WEW. New York, 22. Aug. „New York Times“ meldet aus Paris, Frankreichs Bedingungen für die Räumung des Rheinlandes seien die Mitwirkung Deutschlands bei der baldigen Unterbringung der durch den Dawesplan vorgesehenen Eisenbahn- und Industriefonds, die Zulassung der Pläne eines Anschließes Österreichs an Deutschland, die internationale Kontrolle des Rheinlands zwecks Sicherung der neutralen Zone, die Verständigung zwischen Deutschland und Polen und die Leistung einer Entschädigung für 7 Milliarden Reichsmark aus der Okkupation Belgiens. Der Hauptwert werde jedoch nur der ersten Forderung beigelegt. „Gerald Tribune“ hebt in einem längeren Bericht aus Paris die Bedeutung des ersten Zusammentreffens Dr. Stresemanns mit Poincaré hervor und bemerkt, man erwarte in Paris allgemein eine Erörterung der deutschen Wünsche, wobei man von der Voraussetzung ausgehe, daß Deutschland die Initiative zu dieser Erörterung ergreifen werde. Jedenfalls werde eine solche Erörterung von größter Bedeutung sein, da es bekannt sei, daß Poincaré die Vorschläge Wilsons für die Festsetzung der Schuldsomme mit Interesse angehört habe.

Französische Mandatverpläne

WEW. Paris, 22. Aug. (Tel.) „Matin“ berichtet, daß wegen Epidemiegefahr infolge des Ausbruchs der Brunnen in der Ostregion die dort geplanten großen Mandatverabfertigungen nicht stattfinden können. Die Mandatverabfertigungen sind lediglich an Brigademandatnehmern teilnehmen werden. — Aus Nancy wird dem Blatt gemeldet, daß vom 2. bis 9. September in Glatz-Lothringen große Mandatverabfertigungen (20. Armeekorps) abgehalten werden, und zwar soll die eine der Parteien nicht nur angedeutet werden, sondern es sollen tatsächlich Operationen zwischen zwei vollständigen Truppenkörpern erfolgen. Die Mandatverabfertigungen sollen als die von 1927 und besonders zu Versuchen für den Transport von Truppen mit Lastwagen dienen.

Scheitern eines Nigaeer Protestkreises

WEW. Niga, 22. Aug. (Tel.) Der von den Unabhängigen Sozialisten und den kommunistischen Gewerkschaftlern proklamierte einseitige Generalstreik zum Protest gegen die Schließung des extremistischen Nigaeer Gewerkschaftsbüros ist als gescheitert anzusehen. Kaum ein Viertel der Nigaeer Arbeiter hat die Streikparole befolgt. Die Polizei verhaftete etwa 400 Personen wegen gewalttätiger Verbrechen, Straßenbahnwagen aufzuhalten, die Arbeiten im Hafen stillzulegen und Demonstrationen zu veranstalten. Bei diesem Eingreifen der Polizei erlitten einige Polizisten Verletzungen. — In der vorigen Nacht wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen. Das sozialistische Zentralbüro der Gewerkschaften Letlands sowie die sozialdemokratische Partei nahmen entscheidende Stellung gegen die überstürzte Proklamierung des Generalstreiks und bezeichnen das Vorgehen der Extremisten als eine Provokation.

Deutsch als Unterrichtssprache in Amerika

WEW. New York, 22. Aug. (Tel.) Nach einem Bericht des städtischen stellvertretenden Leiters des fremdsprachlichen Unterrichts in den Mittelschulen, Joseph Weha, hat der Unterricht in der deutschen Sprache in den New-Yorker Schulen prozentual die größten Fortschritte gemacht, so daß das Deutsche als Unterrichtssprache an zweiter Stelle nächst dem Französischen steht. Die gleiche Beobachtung treffe für die Mittelschulen und Universitäten in den Staaten östlich vom Mississippi zu.

Die lateinische Schrift in der Türkei

WEW. Ankara, 22. Aug. (Tel.) Das Unterrichtsministerium hat beschlossen, daß mit Beginn des neuen Schuljahres in der ersten Klasse der Grundschulen der Unterricht ausschließlich unter Anwendung der neuen Schriftzeichen erteilt wird. Es werden in allen Vorkursen Unterrichtskurse eröffnet werden, in denen sich die Lehrkräfte mit der Unterrichtsmethode des neuen Alphabets vertraut machen sollen. Die Staatsdruckerei bereitet Bücher für die Schulen und für die Öffentlichkeit vor. Die Zeitungen drucken bereits Nachrichten und wichtige Artikel mit den neuen Schriftzeichen. Wie die Anatolische Telegraphenagentur meldet, wird die Erneuerung im Schriftwesen im ganzen Land mit Freude und Begeisterung aufgenommen und es werden allerorts Unterrichtskurse eingeführt. Der Gesetzentwurf über die obligatorische Anwendung der neuen Schrift wird der Kammer sofort nach ihrer Eröffnung vorgelegt werden.

Litauen lehnt alle polnischen Vorschläge ab. Die litauische Regierung hat, wie nun amtlich bestätigt wird, alle polnischen Vorschläge, in Genf bzw. in Königsberg zu verhandeln, abgelehnt.

Vom ringenden sudeten-deutschen Volk

Von R. F. Schlögel.

In der letzten Zeit haben neue Entscheidungen tschechisch-slowakischer Gerichte und Behörden erwiesen, daß trotz der vor zwei Jahren erfolgten Zulassung von zwei deutschen Ministern in die Prager Regierung und trotz des nach zehnjähriger Amtstätigkeit erst kürzlich erfolgten Höflichkeitsbesuchs des tschechischen Außenministers Dr. Beneš in Berlin die Angst vor den kulturellen Deutschstumsverbänden innerhalb der tschechischen Grenzen nicht im Verschwinden ist. Dabei muß auch die Tatsache verzeichnet werden, daß die Sprache der tschechischen offiziellen Organe gegenüber dem deutschen Reiche auffallende Schärfe zeigt.

Vor kurzem brachte ein deutschböhmisches Blatt eine harmlose Nachricht über den Wechsel im Vorsitze des Vereins für das Deutschtum im Auslande. Die Zeitung verfiel der tschechischen Zensur, erhob Beschwerde beim Kreisgericht und dieses erhielt von der Prager Polizeidirektion über den Charakter des Vereins für das Deutschtum im Auslande folgenden Befehl:

„Obwohl es in den Satzungen heißt, daß der Verein keine politischen Ziele verfolge, lasse sich doch bei aufmerksamer Verfolgung seiner Tätigkeit zweifellos feststellen, daß es sich bei dem Verein ausschließlich um den Anschluß und um die Gewinnung des gesamten Auslandsdeutschtums für den allnationalen deutschen Gedanken handle. Trotz des offiziellen Kulturstrichs müsse die Tätigkeit als politisch und irredentistisch bezeichnet werden. Der Verein habe auch mit anderen irredentistischen Organisationen, wie mit dem Sudeten-deutschen Heimatbund, dem deutschen Auslandsinstitut in Stuttgart usw. enge Verbindungen.“

Auf Grund dieses tschechischen Polizeisperrbetriffs und der Verbädigung der Deutschstumsverbände wurde die Beschlagnahme des deutschböhmischen Blattes für gerechtfertigt erklärt. Es kommt demnach auch Reichspräsident von Hindenburg als Protektor des Vereins für das Deutschtum im Auslande in den Verdacht, gegen den tschechischen Staat gefährliche und geheime Propaganda zu betreiben bzw. eine solche zu unterstützen.

Das ist jedenfalls eine erbauliche Illustration zu dem angeblich so freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem kleinen tschechischen Staate und dem großen Deutschen Reiche.

Zu dem sauberen Verhalten der tschechischen Prager Polizeidirektion gegen den Verein für das Deutschtum im Auslande paßt ein anderer tschechischer Vorgang, den wir besonders unterstreichen müssen: Es ist dies das Wirken der Tschechifizierungsvereine, die nicht einmal vor den Grenzen der Länder Halt machen, sondern sich bereits anschießen, auch in bayerischen Städten und Dörfern tschechische Kurse und Schulen einzurichten. — Ein übriges tut die Überflutung der bayerischen Kur- und Fremdenorte an der Ostgrenze. Erst jüngst haben die Tschechifizierungsvereine ein eigenes Arbeitsprogramm für das Jubeljahr 1928 aufgestellt. Jeder Tschechifizierungsverein trachtet danach (was auch die „Bayrische Staatszeitung“ vor kurzem festgestellt hat), dem Staate eine Jubelgabe in Form einer tschechischen Winderheitschule im deutschen Sprachgebiet, einer tschechischen Bürgerchule, in Form einer Zusammenlegung deutscher Schulklassen, einer neuen Ortsgruppe, wie durch Errichtung von tschechischen Kinderhorten zu bringen. Man höre, was der „Oberpfälzische Kurier“ kürzlich darüber berichtete: „Auch unsere bayerische Grenze wird immer mehr in den Bereich dieser Tschechifizierungsvereine gezogen. Rasch dringen sie vor. Wir dürfen uns nur an die Berichte der letzten Jahre über die Tätigkeit und die Erfolge der Tschechen in Haid, Pfraumberg, Roshaupt, Lachau, Eisendorf, Reichental erinnern. Wer hätte noch vor 4-5 Jahren geglaubt, daß einmal diese rein deutschen Orte tschechische Schulen erhielten, daß dort selbst sich die Tschechen so ausbreiten würden? Es ist dies nicht das Ende. Vielleicht kommt noch eine Zeit, wo in diesen Orten die Deutschen nur noch wenig zu sagen haben werden. Das nächste Ziel der Tschechen ist dann unsere bayerische Grenzlinie. Wenn sie können — bisher war es ihnen möglich — machen sie auch hier nicht Halt, wir haben dies ja bereits im südlichen Böhmerwald erlebt, z. B. in Eisenstein-Furth. Wir dürfen nie vergessen, daß die Tschechen von

Verfaßtes nicht nur Deutschböhmen forderten, sondern auch die östliche Oberpfalz bis zur Raab."

Es darf nicht übersehen werden, daß die Tschechen sich nicht mit der „Boden- und Wälderbeschlagnahme“ begnügen, die in der Hochhafter Gegend bald einsetzen wird, daß sie sich nicht begnügen mit der Ansiedlung von Tschechen in diesen Gebieten, sondern daß sie noch weiterstreben, wenn sie Leute kaufen, die ihre Ziele verwirklichen helfen, wenn sie in den nächsten Monaten in diese Gebiete „Aufklärungsredner“ schicken, wenn sie Straßen bauen, auch da, wo man es nicht erwartet hätte. Das heutige tschechische Straßenbauprogramm ist nicht umsonst so umfassend; sie wissen, was sie wollen, denn der deutsche Böhmerwald ist für die Tschechen von besonderer militärischer Bedeutung.

Ein weiteres Ziel der Tschechen ist die Eroberung durch Ankauf der im sudetendeutschen Gebiete befindlichen reichsdeutschen Bauernhöfe, die den Tschechen ein ganz besonderer Dorn im Auge sind. Dem Tschechentum muß an dieser Grenze ein zielbewußtes, kulturell und wirtschaftlich vom Sinterland gestärktes Deutschtum gegenüberstehen. Jedem Deutschen muß die Überzeugung eingehämmert werden, daß kein Opfer zu groß ist, wenn es gilt, Deutschen zu helfen, Deutsche zu retten.

Die Tschechen verstehen zu arbeiten, und die Deutschen sollten sich ein Beispiel daran nehmen. Die Sudeten Deutschen sind eine lebendige Festungsmauer, sie darf nimmer untergehen!

Stimmen zur Anschlußfrage

Der Versuch einer Verbindung von Rheinlanddrängung und Anschlußfrage, der in der französischen Presse aufgetaucht war, wird in Wien als unmöglich abgelehnt. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der Anschlußwille vom österreichischen Volk ausgegangen ist und daß es sich hier um das allen anderen Völkern durch Wilson zuerkannte Recht der Selbstbestimmung handelt.

Der „Österreichische Volksbote“ schreibt, von Anbeginn habe kein Deutschösterreicher diese Eigenstaatlichkeit gewollt. Der großdeutsche Abgeordnete Dr. Straßner schreibt in den „Innsbrucker Nachrichten“, man hätte den einmütigen Willen der Tiroler und Salzburger verstanden, den sie im Jahre 1921 bei der Abstimmung geäußert haben, bei der sie auf Grund des Selbstbestimmungsrechts den Anschluß an das Deutsche Reich forderten. Wenn die jetzt aufhorchende Welt weitere Befennnisse des Selbstbestimmungsrechts der Deutschösterreicher hören will, so kann dafür gesorgt werden, wenn vielleicht die spontane Willensäußerung anlässlich des Sängerbundesfestes, wenn die wiederholten Äußerungen der wirtschaftlichen Hauptkörperschaften Deutschösterreichs noch einen Zweifel übriggelassen haben sollten, was die Deutschösterreicher haben wollen. Gewisse Mächte jüden die Anschlußfrage so hinzustellen, als ob sie vom Deutschen Reich aufgeworfen würde und als ob deshalb das Deutsche Reich Kompensationen zu geben hätte. Nein, so steht die Sache nicht. Die Anschlußfrage ist in Österreich entstanden. Die provisorische Nationalversammlung hat im Jahre 1918, also ohne Agitation von außen, spontan erklärt und beschlossen, daß Deutschösterreich ein Bestandteil der deutschen Republik sei.

Das Organ der elsässischen Volkspartei „Der Elsäßer“ verteidigt unumwunden die Ansprüche Österreichs auf Angliederung an Deutschland. Es meint, Österreich habe doch eine ganz andere geschichtliche und kulturelle Vergangenheit aufzuweisen, als einer der Randstaaten. Das Blatt meint, daß der Eintritt des friedliebenden Volkes der Österreicher in die deutsche Staatsgemeinschaft das pazifistische Element in Europa nur stärken würde.

Außerdem wird gesagt, was Deutschland durch seinen Gebietsverlust eingebüßt habe, sei in der überwiegenden Mehrheit eine katholische Bevölkerung. Durch den Anschluß des katholischen Österreich würde nun zwar die Bevölkerungszahl Deutschlands sich bedeutend vergrößern, aber im Sinne des funktionellen Gleichgewichts. Dadurch, meint das Blatt, würde vor allem eine große friedliche Macht geschaffen und ein Faktor, der jedem Machtfrieden entgegenstehe. Kein regierender Fürst und keine Großmacht sei während des Krieges mit solchem Nachdruck für den Völkerverfrieden eingetreten, wie der Papst. Sätten die Völker auf ihn gehört, so wäre Europa manches erspart geblieben. Das alles möge man bedenken, bevor man nun in der Anschlußfrage vornehmlich von einer Gefährdung des europäischen Friedens spreche.

Wanderbelde über die Rheinlanddrängung

Der Pariser „Soir“ hat bei führenden Politikern Englands, Belgiens und Frankreichs eine Umfrage über die Locarnoverträge, den Kellogg-Pakt und die Ausichten der bevorstehenden Völkerverbundstagung veranstaltet und gibt jetzt die Äußerungen Wanderbelde wieder, die sich eingehend mit der Frage der Rheinlanddrängung befassen.

Was kann man, so führt Wanderbelde aus, Dr. Stresemann entgegen, wenn er morgen fragt: „Worauf wartet Ihr, um uns nach zehnjähriger Besetzung das Recht zu geben, uns auf unserm gesamten Staatsgebiet frei zu bewegen?“ Es wäre unmöglich, zu erwidern: „Ihr sollt weiterhin warten“. Die Aufrechterhaltung der Besetzung ist vom Standpunkt der Sicherheit wie von demjenigen der Reparationen aus vollkommen nutzlos geworden und ist andererseits für alle, nicht zuletzt für uns Belgier, eine Belastung. Die wahre Garantie der deutschen Zahlungen ist wie bei allen anderen Ländern die Tatsache, daß jede Großmacht Kredit braucht und deshalb sich genötigt sieht, ihre Verpflichtungen inne zu halten. Die Rheinlandbesetzung ist weder rechtlich noch tatsächlich zu rechtfertigen. Sie dient nur dazu, die Verstärkung der Rüstungen zu rechtfertigen. Sie bildet ein Hindernis für den Frieden und eine ständige Ursache für Reibungen und Konflikte.

Ein Kongreß für Völkerverbund wurde in Stockholm eröffnet. Dabei hielt der schwedische Minister des Äußern, Löfgren, eine Rede, in der er u. a. hervorhob, daß sich die Entwicklung der Welt zur Zeit in solchen Bahnen bewegt, daß das Bedürfnis eines neuen Völkervertrages immer dringender wird. In der letzten Zeit hat der Friedenswille der Welt einen vorbehaltlosen Ausdruck in feierlichen Friedensserklärungen zwischen mächtigen Staaten gefunden, ohne daß es als notwendig angesehen wurde, dadurch gewisse Regeln für eine friedliche Entscheidung von etwaigen Differenzen zu verbinden. Es wäre dringend notwendig, daß die Rechtsbildung fortgesetzt wird.

Die Tagung der interparlamentarischen Union

Zur Tagung der interparlamentarischen Union in Berlin sind im Laufe des Dienstag die meisten ausländischen Teilnehmer eingetroffen. Bisher ist die Teilnahme von 561 Parlamentariern angemeldet. Die Räume des Reichstags sind festlich geschmückt. In der Kuppelhalle sind die Standbilder der Reichspräsidenten Ebert und von Hindenburg mit Blumenschmuck umgeben. Vier große Banner in den Reichsfarben hängen herab, daneben die Fahnen aller in der interparlamentarischen Union vertretenen Länder. Deutschland ist auf der Tagung mit 71 Parlamentariern vertreten. Sie gehören allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten an. Die Reichstagsverwaltung hat die Einrichtung des Gebäudes dem jetzigen Zweck als Tagungsort des Parlamentes der Parlamente angepaßt.

Am Dienstag nachmittag traten die **Abrüstungskommission** (deutscher Vertreter: Abg. Dr. Breitscheid), die Kommission für **koloniale Fragen** (deutscher Vertreter: Abg. Dr. Schöne) und die Kommission für **Minderheitsfragen** — sie heißt offiziell „Kommission für ethnische Fragen“ — zusammen. In der Minderheitskommission ist Deutschland durch den früheren demokratischen Abgeordneten Heile vertreten. Die Abrüstungskommission, die von dem früheren dänischen Wehrminister Dr. P. Munch geleitet wurde, beschloß, zur Prüfung der Sicherheitsfrage und der aus dem Kellogg-Pakt sich ergebenden Folgen eine Unterkommission einzusetzen.

Die **Kroatien in der Interparlamentarischen Union** Das Präsidium des Abgeordnetenklubs der Kroatischen Bauernpartei hat dem Präsidenten des deutschen Reichstags, Paul Löbe, anlässlich der bevorstehenden Konferenz der Interparlamentarischen Union in Berlin ein Telegramm geschickt, in dem ausgeführt wird, das **Belgrader Parlament habe nicht das Recht, Kroatien und das kroatische Volk zu vertreten**, sowie keine Ermächtigung, am Interparlamentarischen Kongreß teilzunehmen, dessen Ziel es sei, den Parlamentarismus als Ausdruck wahrer Demokratie zu stärken und den dauernden Frieden sowie die Brüderlichkeit unter den Völkern zu fördern.

Wie der „Bester Lloyd“ meldet, hat der **Beschluß der kroatischen Bauernpartei** bezüglich der Teilnahme an der Berliner Tagung in Belgrad großes Aufsehen hervorgerufen. Der Regierung nahestehe Kreise bezeichnen die Stellungnahme der Kroaten als Hochverrat und sehen hierin eine Fortsetzung der Innenpolitik, die Raditsch seinerzeit ins Gefängnis gebracht hat. Allerdings hält man es noch für fraglich, ob auch Vertreter einzelner Verbände zur Tagung der Interparlamentarischen Union zugelassen werden.

Eine Unterredung mit Arbeitsminister Davis

Der in Berlin weilende amerikanische Arbeitsminister im Kabinett Coolidge, James Davis, betonte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Deutsch. Allg. Ztg.“, daß sein Besuch lediglich privaten Charakter trage. — Zum erstenmal betrat Davis Deutschland im Jahre 1919, wo er in Koblenz weilte. — Auf die Frage, ob er die Verhältnisse seit seinem letzten Besuche verändert finde, erwiderte Davis u. a.: Ja, völlig. Ich bin zwar kein Prophet, aber ich glaube, daß Deutschland das schwerste Überwunden hat und in langsame, aber sicherem Aufstieg begriffen ist. Aber die Lage auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt, fragte, erwiderte Minister Davis, sie sei befriedigend. Der Minister glaubt als Republikaner natürlich an den Sieg des republikanischen Kandidaten. Arbeitsminister Davis zeigte sich über das in Berlin Gesehene sehr erfreut und äußerte sich in anerkennenden Worten über die Aufmerksamkeit, die man ihm beim Reichskanzler und bei der Besichtigung des Reichstags bewiesen habe.

Die 1. internationale christliche Pressekonferenz

trat Montag in Köln zusammen.

Abends fand in der großen Messehalle auf der Presa eine stark besuchte öffentliche Kundgebung mit dem Thema „Das Apostolat der Presse“ statt. Der Hauptredner, Erzbischof Dr. D. Seiberling aus Atpala, der Primas der südamerikanischen evangelischen Kirche und bekannte Vorkämpfer und Führer der internationalen Einigungsbewegung der Kirchen, nannte in seinen Ausführungen die Kirche den größten und bedeutendsten Nachrichtendienst der Welt. Sie wurde, führte er u. a. aus, gegründet, um eine Nachricht zu verbreiten, eine „gute Nachricht“, ein „Evangelium“. Gott liebt den Menschen. Die Presse muß eine Beziehung zu dieser „guten Botschaft“ haben, um ihre doppelte, aber eng zusammenhängende Aufgabe als Spiegel und als Licht zu erfüllen. Sie soll ein Spiegel der Geschichte, der Geschehnisse sein. Da hat die Presse eine große Aufgabe, schon bei der Wahl des Stoffes das Richtige zu treffen, sich also nicht den schlechten Gewohnheiten und Wünschen des Publikums anzupassen, sondern in edelstem Sinne eine Dienerin der Väter und der Menschheit zu sein, ohne langweilig und daher unwirksam zu werden. Der heilige Geist der Presse heißt Wahrheitsliebe. Die Kränkung des heiligen Geistes gehört zum Weltübel des Krieges, das wir mit allen Kräften vermindern und vernichten müssen. Es ist daher eine gesegnete Sache, eine kulturelle Aufgabe ersten Ranges, eine Pflicht der Humanität, die Menschheit mit exakten Angaben zu beruhigen.

Darf ich die Presse auffordern, in dieser Hinsicht mit der Kirche zusammenzuarbeiten? Ich meine, daß eine mit tragischem Ernst verbundene Weltanschauung hinter der Arbeit der Presse als Grundton liegen soll, um damit der Gottesheerschaft in den Herzen und in den Völkern, in der sozialen Frage und in allen menschlichen Verhältnissen zu dienen.

Die Konferenz hat am Dienstag ihre Beratungen beendet. Damit hat zugleich die evangelische Pressewoche am Rhein, die einen großen Kreis der in der deutschen evangelischen Presse tätigen Persönlichkeiten und daneben namhafte Vertreter der evangelischen Publizisten der Auslandskirchen vereinigte, ihren Abschluß gefunden. Eine Entschließung empfiehlt die Vorbereitung von kleineren Pressekonferenzen, in denen sich Delegierte einander benachbarter Länder treffen, ferner die Erleichterung von Studien- und Informationsreisen und vor allem die Schaffung einer oder mehrerer internationaler Zentralfstellen für christliche Pressearbeit.

Friedensschluß im Berliner Flaggkrieg. Wie erinnerlich, kam es im Sommer des vorigen Jahres zwischen dem Berliner Magistrat und Berliner Hotelbesitzern zu unerfreulichen Auseinandersetzungen über die Beflagung der Hotels mit den Reichsfarben. Die Folge war, daß der Oberbürgermeister und die anderen Beamten des Magistrats alle Beflagungen, die in den betreffenden Hotels stattfanden, fernhielten. Das „B.Z.“ berichtet nun über eine **Verständigung** zwischen Magistrat und Hotels. An der heute stattfindenden Neueröffnung des Wintergartens werden nach dem genannten Blatt wieder Vertreter des Berliner Magistrats teilnehmen.

Berliner sozialdemokratische Partei und Panzerkreuzer

Eine Konferenz der Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei, Bezirksverband Berlin, nahm zur Panzerkreuzerfrage folgende Resolution des Bezirksvorstandes an: „Der Bezirksvorstand der S. P. D. stellt fest, daß der Beschluß der Regierung, den Bau des Panzerkreuzers „A“ zu beginnen, im Widerspruch steht mit der Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage und den Voraussetzungen, die zur Regierungsbildung führten. Die Sozialdemokratische Partei Berlin lehnt daher die Mitverantwortung für die Bewilligung der ersten Rate ab und beschließt, die sofortige Einberufung des Reichstages zu fordern, um eine Entscheidung des neugewählten Reichstages über den Bau des Panzerkreuzers herbeizuführen. Sofern eine Einberufung des Reichstages nicht zu erreichen ist, werden die Genossen in der Regierung aufgefordert, die **Wiederheraushebung** des Beschlusses vom 10. August zu verlangen und im Falle der Ablehnung der Wiederheraushebung zurückzutreten. Ferner werden die Genossen in der Reichsregierung aufgefordert, die übrigen Raten für den Panzerkreuzer abzulehnen.“

Die Regierungskrise in Thüringen.

Die Deutsche Demokratische Partei in Thüringen hat, wie gemeldet, eine Erklärung veröffentlicht, in der ihre Parteifreunde in der Regierung gebeten werden, aus der jetzigen Regierung **auszutreten**. Eine Regierung auf der Grundlage der großen Koalition, wie sie jetzt im Reich verwirklicht worden ist, sei auch für Thüringen das Gegebene.

Die Landtagswahlen vom Januar 1927 brachten keine klare Mehrheit für rechts oder links. Es wurde deshalb eine Regierung der Mitte, bestehend aus Demokraten, Deutsche Volkspartei, Landbund und Wirtschaftspartei, gebildet, in der die Demokraten bei einer Stärke von zwei Abgeordneten mit einem Ministerium und einem Staatsrat vertreten waren. Es kam jedoch zu Konflikten, als die Demokraten mit der Linken gegen ihre Regierung stimmten. Nun wurde die Krise, als die Regierung die Begnadigung des wegen fahrlässigen Faltscheides zu fünf Monaten Gefängnis verurteilten Oberstaatsanwalts i. B. Dr. Frieders ablehnte. Auch hier hatten die Demokraten im Landtag dafür gestimmt, ein Gnadengeuch für Dr. Frieders der Regierung zur Verdisichtigung zu überweisen. Die Regierung betrat den Standpunkt, daß ihr ausdrücklich nach der Verfassung das Begnadigungsrecht im Einzelfall zugesprochen sei und lehnte die Begnadigung ab. Darauf riefen die Sozialdemokraten den Landtag vorzeitig zum 23. August ein. Die Demokraten nahmen in dem oben erwähnten Beschluß nun zur Lage Stellung und forderten ihre Minister auf, aus der Regierung auszutreten.

Während die Demokraten aber eine Umbildung der Regierung wollen, fordern die Sozialdemokraten Auflösung und Neuwahlen des Landtags. Ob ohne Neuwahlen eine große Koalition, wie sie der demokratische Parteibeschluß fordert, gebildet werden kann, ist so fraglich, als nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei der Volkspartei zur Zeit eine starke Abneigung dagegen besteht. Man weiß u. a. darauf hin, daß die Sozialdemokraten, die Demokraten, die Volkspartei und der Sparereviretre zusammen erst über 27 von 56 Landtagsmitgliedern verfügen, also noch keine Mehrheit haben. Eine von ihnen gebildete Regierungskoalition wäre daher mindestens auf die Mitarbeit oder die Duldung der Wirtschaftspartei angewiesen.

Die politische Entwicklung hat, wie aus Weimar gemeldet wird, die demokratische Abg. Fel. Schulz, Geza, veranlaßt, dem Landtagspräsidenten ihr Mandat zur Verfügung zu stellen. Der zweite demokratische Abg. Professor Krüger hat sich noch nicht geäußert. Ebenso ist bisher noch keine Demission der demokratischen Regierungsmitglieder erfolgt. Am Mittwoch soll eine Kabinettsitzung stattfinden.

Neue Eisenbahnwagen 4. Klasse

Die Reichsbahn hat jetzt Wagen 4. Klasse herausgebracht, die wesentlich besser sind als alle bisher konstruierten. Diese Maßnahme steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit der geplanten Verschmelzung der 3. und 4. Wagenklasse zu einer Einheitsklasse. Als äußeres Gewand der Wagen ist der glatte, eisengraue Bau geblieben. Die Wagen sind im Innern mit 65 Sitzplätzen ausgestattet, die sich auf zwei Kablenwagen zu je vier und drei Abteilungen verteilen. Die Decke selbst, ehemals eine förmliche Wölbung, ist nunmehr getragen durch einen eingebauten Sektor, eine Anordnung, die sich raumtechnisch sehr gut ausnimmt. Dieser neue Sektor dient gleichzeitig für die Aufnahme der beiden wesentlichen Neuerungen: das ist die elektrische Beleuchtung. — Sehr angenehm ist, daß die Scheibstüren an den Stirnwänden und die Fenster besser auf Schluß zur Vermeidung von Zugluft gearbeitet sind.

Das französisch-britische Flottenabkommen

Wie Reuters erfährt, werden die Londoner Andeutungen, daß das britisch-französische Flottenabkommen irgendeine dunkle Bedeutung habe, in gut unterrichteten Londoner Kreisen scharf zurückgewiesen. Es wird erklärt, daß das Abkommen einen Schritt nach vornwärts bedeute, und daß es sich nicht um ein Abkommen zwischen Großbritannien und Frankreich allein handle, sondern daß dieses Abkommen nur in Kraft treten kann, wenn die anderen Mächte, die der **Seebestimmungskommission** angehören, ebenfalls beitreten. Der Wortlaut des Abkommens ist den anderen in Verticht kommenden Mächten mitgeteilt worden und die Vereinigten Staaten von Amerika haben Auffklärung über einige Punkte erbeten, über die nunmehr seitens der britischen Regierung eine Antwort erteilt worden ist. Zu den Klagen darüber, daß das Abkommen nicht veröffentlicht wird, wird mitgeteilt, daß von einer Veröffentlichung Abstand genommen worden sei, um eine gewisse Elastizität zu gewährleisten, die nicht möglich gewesen wäre, sobald die Bestimmungen bekanntgegeben worden wären.

BRN. London, 22. Aug. (Tel.) Der politische Mitarbeiter des „Manchester Guardian“ berichtet auf Grund von Mitteilungen von zuständiger Seite, daß Großbritannien in der Frage der ausgebildeten Reserven nachgegeben, d. h. sein Einverständnis mit der französischen Auffassung erklärt habe, wonach bei Berechnung der militärischen Stärke eines Landes die ausgebildeten Reserven nicht berücksichtigt werden sollen.

Keine Verhaftung von Hugo Stinnes jr. Die Berliner amtliche Justizpressestelle teilt mit, die Annahme in der Betrugssaffäre sei Hugo Stinnes jr. verhaftet worden, treffe nicht zu. Von zuverlässiger Stelle verlautet, daß gegen Hugo Stinnes kein Haftbefehl vorliege.

Zentralisierung des britischen Bergarbeiterverbandes. Eine Konferenz des Bergarbeiterverbandes von Wales hat dem Zentralisierungsvorschlag des britischen Verbandes der Bergarbeiter mit 134 gegen 48 Stimmen zugestimmt.

Der Konflikt im bulgarischen Kabinett

Nach einer Sofioter Meldung des „Pester Lloyd“ hat sich die Lage nach dem englisch-französischen Schritt im Kabinett Kriegerisch außerordentlich schwierig gestaltet. Der Kriegsminister Bulloff, der sich offen zum mazedonischen Komitee bekennt, ist wieder in Sofia erschienen. Er soll sich während der ganzen Zeit seiner Abwesenheit in Italien aufgehalten und dort mit maßgebenden Persönlichkeiten Vereinbarungen im Sinne der italienischen Politik getroffen haben. Nach seiner Rückkehr soll er alsbald mit dem Minister des Äußern Buroff in Konflikt geraten sein, da dieser die Verpflichtungen, die Bulloff in Italien übernommen hat, nicht gutheißend will. Allerdings hätten die erwähnten Vereinbarungen bewirkt, daß Italien dem englisch-französischen Schritt fernbliebe. Buroff soll von dem Ministerpräsidenten den Rücktritt Bulloffs gefordert haben. König Boris soll wegen der durch die Ereignisse verschärfte Lage in Guxinograd, wo er zur Zeit zum Sommeraufenthalt weilt, mit der Betragung politischer Führer begonnen haben. Ungefähr 70 Abgeordnete, die unter dem Einfluß der Militärkräfte stehen, verlangen, daß Buroffs Antrag abgelehnt werde.

Drei weitere Ausschüsse aus der Deutschnationalen Partei. Der Vorstand des Landesverbandes Hannover-Süd der Deutschnationalen Partei hat in seiner Sitzung vom 18. August einstimmig (bei einer Stimmenthaltung) den Antrag auf Ausschluß der Herren Gadowsteyer Hans Evers, Reichmann und Holz aus der Deutschnationalen Volkspartei angenommen. Die drei Ausschüsse werden im Einvernehmen mit ihren Freunden im Wahlkreise entscheiden, ob sie beim Parteigericht Berufung einlegen werden oder nicht.

Zwischenfälle in Südtirol. Wie aus Brigen gemeldet wird, wurde dort am Freitag voriger Woche eine große Tiroler Fajne an beiden Türmen des Domes gefeiert. Die falschlichen Behörden ließen die Fajne sofort entzünden und den Stellvertreter des in Urlaub befindlichen Dompfarrers sowie den Kirchenbedienten verhaften. Außerdem wurden zahlreiche Vernehmungen und Verhaftungen vorgenommen sowie die Schlüssel des Domes beschlagnahmt. Die Vorgänge haben große Erregung hervorgerufen.

Kurze Nachrichten

Besuch englischer Parlamentarier in Deutschland. „Evening Standard“ meldet: Auf Einladung des Ehrenvorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Kurt Sorge, wird eine Gruppe konservativer Parlamentarier unter Führung von Sir John Sandemann Allen, Deutschland im nächsten Monat einen Besuch abstatten, um die dortigen industriellen und sozialen Bedingungen zu studieren. Der Besuch wird zwei Wochen dauern.

Der Streit in der Herrenkonfektion. In einer Versammlung der Bekleidungsindustrie der Berliner Herrenkonfektion wurde beschlossen, ab heute Mittwoch morgen, den Streit in neun Betrieben mit etwa 1200 Arbeitern durchzuführen. In vielen anderen Städten Deutschlands, in Siedlitz, Breslau, Hamburg, München, Frankfurt a. M. und Mainz wurden ähnliche Beschlüsse gefaßt. Von den etwa 40 000 deutschen Bekleidungsarbeitern werden ab heute morgen etwa 5000 in den Streit treten.

Verurteilung von Gepäd. Wie die Pressestelle der Reichsbahnverwaltung Breslau mitteilt, nahm die Fahndungsstelle in den letzten drei Tagen zwei Hauptführer und zwei Radmeister fest, die in den Personenzügen Gepädstücke und Expreßgüter betraubten. Es handelt sich um langjährig gediente Beamte, denen derartige Straftaten nicht angetraut wurden. Ein großes Diebeslager wurde von der Fahndungsstelle beschlagnahmt.

Um Niklin und Koffe. In bezug auf die Kammermandate der autonominischen Abgeordneten Niklin und Koffe schreibt Wachtelheim im „Pettit Journal“, der Regierung bleibe nur eine Lösung, um aus der Seidgasse herauszukommen, nämlich die Gewährung der Amnestie, welche den beiden Autonoministen gestattet würde, ihre Kammermandate auszuüben. Eine andere Lösung sei nicht möglich.

Bombenanschlag gegen einen Faschistenführer. In einer Gemeinde in der Nähe von Bari wurde während der Nacht vor dem Hause eines reichen Gutsbesizers und früheren Mitgliedes der faschistischen Vereinigung von Brindisi eine Bombe zur Explosion gebracht. Sämtliche Fensterscheiben des Hauses und aller umliegenden Wohnungen wurden zerstört. Der Verlust von Menschenleben ist nicht zu bezagen.

Soovers Nachfolger ernannt. Präsident Coolidge nahm das Rücktrittsgesuch des bisherigen Handelssekretärs und jetzigen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Soover an und ernannte zu seinem Nachfolger William F. Whiting, einen langjährigen Freund Soovers und Leiter der Whiting Paper Company in Holto (Massachusetts).

Verhaftungen in Mexiko. Sieben Frauen und fünf Männer wurden in Mexiko unter der Anschuldigung einer Verschwörung gegen das Leben führender Politiker verhaftet. Der Anschlag sollte bei einem Besuch durchgeführt werden, den die betreffenden Politiker im vergangenen April der Stadt Celaya abhielten. Ein junges Mädchen von 21 Jahren sollte, wie die Polizei behauptet, die von den Verschwörern bezeichnete Person zum Tode auffordern und während des Tanzens mit einer vergifteten Nadel ritzen.

Die Vererbung der chinesischen Kaisergräber. Wie die Agentur Indopacific aus Peking meldet, haben Zollbeamte in Tientsin 35 Kisten mit wertvollen Gegenständen beschlagnahmt, die dem Einbruch in die Kaisergräber entstammten. Die Kisten sollten nach Frankreich ausgeführt werden.

Verbot der Bildung von Arbeiterorganisationen in China. Eine am Montag in Peking veröffentlichte Proklamation untersagt in Peking und Tientsin die Bildung von Arbeitervereinigungen und Gewerkschaften und ordnet die Auflösung der bereits bestehenden Verbände an. — Die Agentur Indopacific meldet aus Schanghai, daß die Sowjets 370 000 Dollars für Propagandazwecke nach Schanghai abgesandt hätten.

Gesunde Schönheitspflege. Von Dr. med. Fr. Wendenburg, 129 S. Reider Bildschmud. 22 S. Bilderanhang auf Kunstpapier. (Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt Dresden-N. 1.) — Schönheitspflege, Modediesel! Sensation! Ja! Aber sie kann mehr sein. Körperliche Schönheit ist ja nicht nur angeboren, sondern kann auch erworben werden. Ein gesundes Kind, das von Lebenskraft strahlt, auch wenn es nicht besonders regelmäßige Hüfte trägt, ist selbst ein auf den ersten Blick höchlich erfreuender Mensch kann einen hohen Grad von Schönheit erreichen, wenn einen gütige und menschlich reine Seele ihn durchleuchtet. In diesem tieferen Sinne aufgefaßt wird die Schönheitspflege zur Pflege des gesamten körperlichen Menschentums, und so hat Wendenburg seine Aufgabe betrachtet. Er zeigt nicht Mittelchen, sondern er zeigt Mittel und Wege zu einer wahrhaftig gesunden Schönheitspflege und er zieht selbst Weltanschauungsfragen mit in sie hinein.

Badischer Teil

Generaldirektor Dr. Dormmüller im Schwarzwald

Am Montag nachmittag hat der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Dr. Dormmüller, nach etwa Jahresfrist badischen Gebietsteilen wieder einen Besuch abgestattet. Sowie bekannt geworden ist, betraf die Fahrt das Gebiet der Schwarzwaldbahn, deren engerer Bereich zwischen Billingen und Sausach zwischen 4 und 6 Uhr durchfahren wurde. Die Fahrt hat, wie die „Badische Presse“ meldet, die Besichtigung der Bahnstrecke zum Ziel, um sich über den betrieblichen Stand und die Sicherheit zu informieren.

Auf der Schwarzwaldbahn werden bekanntlich seit etwa drei Jahren Prüfungsarbeiten und Ausbesserungen in den Tunneln, Erhebung der Brücken durch stärkere Umbau des Oberbaues usw. vorgenommen. Aufenthalt hat Dr. Dormmüller, der im Sonderzug fuhr und von Konstanz kam, im engeren Bereich der Gebirgsstrecke nicht genommen. Man kann nur wünschen, daß Dr. Dormmüller sich über die teilweise unzulänglichen und veralteten Bahnhofsanlagen, es sei nur an Triberg mit seinem starken Fremdenverkehr und seinen zweifelsfreien Langholzaufschlag im Schwarzwald, und an Hornberg erinnert, deren Bahnhöfe heute noch wie vor 55 Jahren bei der Bahnöffnung stehen, und über die just vor der Forderung nach höheren Tarifen eingestellten Arbeiten (ausgenommen Sommeraunnen) genügend unterrichtet hat und die Bemühungen der Interessenten entsprechend würdigt.

Tagungen

Der christliche Bekleidungsarbeiterverband hielt seinen neunten Verbandstag in Freiburg i. Br. ab. Auf einem Begründungabend hielt das Mitglied des Gesamtvorstandes der Christlichen Gewerkschaften, Generalsekretär Otto, Berlin, die Festrede. 1928 könne das Jahr der Generalversammlungen der Christlichen Gewerkschaften genannt werden. In allen Teilen des Vaterlandes, in Danzig, Dortmund, Düsseldorf, Leipzig, Nürnberg, Saarbrücken und in Freiburg finden heuer Tagungen statt. Die sozialen Spannungen der Gegenwart lägen nicht zuletzt in dem Mangel an Gemeinschaftsgeist unter den Volksgenossen begründet. Eine bessere Wirtschaftsordnung, ein sozialer Geist, der diese Ordnung beherrscht, sei das Ziel des Schaffens der christlichen Gewerkschaften. Ohne gesunde Politik gäbe es keinen wahren Volksstaat. Nicht zuletzt fähig die christlichen Gewerkschaften in einer größtmöglichen Aktivität auf dem Gebiete der Lohnfrage die Erfüllung einer wichtigen Aufgabe für Arbeiter und Wirtschaft.

Die Verbandstagung des Landesverbandes der Gipfer- und Stulkaufmeister in Baden und der Pfalz fand in Bahl statt. Die badische Regierung und die Handwerkskammer hatten Vertreter entsandt. Der Vorsitzende, Gipfermeister Schwarzwälder (Freiburg) eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache. Es waren ungefähr 70 Gipfermeister aus dem Lande Baden erschienen. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag über das Thema „Wie verbessern wir unsere Lage im Gipfergewerbe“. Syndikus Schieber (Freiburg) verbreitete sich sodann über Bezirksarbeitsverträge, Preisbildungsfragen usw. Ort der nächsten Tagung ist Lörrach.

Erleichterter Übergang vom Luftverkehr auf die Reichsbahn

Am 1. September d. J. tritt, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, ein Abkommen zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Deutschen Luft Hansa in Kraft, das in diesen Tagen im Reichsverkehrsministerium festgelegt worden ist, und das zunächst probeweise bis zum 30. Okt. 1929 Gültigkeit haben soll. Wie bekannt, hat die Reichsbahn mit der Luft Hansa schon vor einiger Zeit ein Abkommen über die Beförderung von Luftfrachtgütern getroffen, während bisher für den Passagier, der aus irgendeinem Grunde, wie z. B. bei Notlandungen, die Reise im Flugzeuge unterbrechen mußte, es immer eine mißliche Sache war, auf der Reichsbahn aus eigener Tasche die Weiterfahrt zu bezahlen und die so entstandenen Kosten von der Luft Hansa zurückzuerhalten. Dieser Unbestand wird durch das sogenannte „Reiseer-Abkommen“ beseitigt. Wenn ein Luftreisender die Fahrt im Flugzeuge unterbrechen muß, so kann er auf dem nächsten Bahnhof der Reichsbahn die Reise bis zu dem auf dem Flugschein angegebenen Reiseziel fortsetzen. Der Flugchein wird von der Kasse der Reichsbahndirektion übernommen und dem Reisenden dafür eine Fahrkarte 1. Klasse ausgestellt. Der Umlauf erfolgt ohne Kosten und Umstände für den Reisenden. Auch die Mitbeförderung von Gepäck wird von der Bahn übernommen. Das Abkommen erstreckt sich auch auf Reisen nach dem Auslande.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahlen. In Obelshofen erhielt der bisherige Bürgermeister Georg Hebel 118 Stimmen und ist somit wiedergewählt. Der Gegenkandidat Wilhelm Krieg konnte 74 Stimmen auf sich vereinen. — In Koenigsingen wurde Bürgermeister Josef Wapf zum dritten Male zum Ortsoberrath gewählt. Zu Ehren des Wiedergewählten wurde am Abend im Löwenaal ein Bankett veranstaltet, an dem die ganze Einwohnerchaft teilnahm. — In Redersheim wurden von den 52 Wählergruppen um den Bürgermeisterposten 6 in die engere Wahl gezogen. Die endgültige Entscheidung wird Ende dieser Woche fallen, wenn der Termin zur Wahl angefaßt wird.

Der Bürgerauschuss Redarbitshofheim genehmigte den Gemeindevoranschlag in Ausgabe 112 722 RM und in Einnahme 69 582 RM. Der ungedeckte Aufwand wird in folgender Weise aufgebracht: 1,20 RM für Grundvermögen, 40 RM für Betriebsvermögen und 7,50 RM für Gewerbeertrag pro 100 RM Steuerkapital.

Wohnungsbauplan in Hohenheim. Um der brennenden Wohnungsnot etwas zu steuern, hat der Bürgerauschuss Hohenheim den Bau von 16 Wohnungen zu je 3 Zimmern am Oberseimer Weg beschlossen, mit einem Kostenaufwand von 75 000 Reichsmark. Vordringlichen Mietern werden wie bisher Eisenbahnanlagen als Wohnung zugewiesen.

Im Arbeitsamtbezirk Freiburg wurden am 15. August 724 Arbeitslose unterstützt. Auf die Stadt Freiburg entfielen davon 493 (494). In den übrigen Ortsgemeinden wurden 231 (142) Arbeitslose gezählt. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug am 15. August 1928 3008 (2714). Die Zahl der offenen Stellen belief sich auf 784 (746).

Besucherzahlen badischer Kurorte. In Baden-Baden wurden bis zum 15. August 66 479 Kurgäste gezählt. — In Badenweiler belief sich die Zahl auf 7173 Kurgäste, darunter 1758 Ausländer und 1438 Passanten. — Im Kurhaus und Sanatorium Wälderhöfe hielten sich 1870 Kurgäste, davon 147 Ausländer auf. — St. Blasien wurde bis zum 31. Juli von 5964 Gästen besucht, gegenüber 4438 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Übernachtungen betragen für denselben Zeitraum 116 488, gegenüber 122 934 im Jahre 1927.

Triberg erhält einen Kongressgarten. Auf dem Gelände des ehemaligen Burggartens ist inmitten der Stadt auf einer aussehensreichen Bergzunge ein neuer Kongressgarten entstanden, auf dem künftig die Kurkonzerte und öffentlichen Veranstaltungen stattfinden werden. Außer einem großen Musikpavillon hat der Platz eine schöne Wandelhalle erhalten, die bei Regen Schutz bietet. Im nächsten Jahre wird die gärtnerische Anlage ausgebaut, die u. a. auch einen Freizeitanplatz aufweisen wird.

Mit dem Bau der Stadtgartenanlagen in Furtwangen ist in diesen Tagen begonnen worden. Der Stadtgarten erhält den Namen „Gerth-Anlage“, aus Anlaß des 75jährigen Geburtstages, den Altbürgermeister Gerth in diesen Tagen feiern konnte. Gerth wurde bei der Gelegenheit auch zum Ehrenbürger der Stadt Furtwangen ernannt.

Der Bau eines Sanatoriums in Grenzach. Der Gemeinderat Grenzach beabsichtigt, in der Nähe der Seilquelle gelegen ein kleines Sanatorium errichten und den Garten zu einem Kurpark zu machen. Damit würde dann Grenzach auch unter die Kurorte eingereicht werden.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruhe als Fremden- und Kongressstadt. Die „Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung“ in Altona, die eine Studienfahrt durch Süddeutschland unternimmt, besucht mit einer größeren Anzahl von Beamten die badische Landeshauptstadt. Die Ortsgruppe Karlsruhe des „Verbandes der Polizeibeamten Badens“ wird ihre Kollegen aus Altona empfangen und ihre Führung durch Karlsruhe übernehmen. — In den zahlreichen Tagungen und Kongressen, die in diesem Jahre in Karlsruhe noch stattfinden, gefeiert sich der Goutag des „Bundes der technischen Angestellten und Beamten“, des Süddeutschen, Sitz Stuttgart, der voraussichtlich am 10. und 11. November (50jähriges Jubiläum des badischen Staats-techniums) abgehalten wird. — Während der Beisehsfeierlichkeiten des letzten Großherzogs von Baden, Friedrich II., herrschte in Karlsruhe ein tieferer Verkehr, wie er schon seit Jahren nicht mehr beobachtet wurde. Zahlreiche Fürsichtigkeiten (gegen 30) beteiligten sich an der Bestattung des ehemaligen Landesfürsten.

Badisches Landestheater. Billige Jahresplatzmiete. Das Landestheater hat in dem Bestreben, die Zahl seiner Stammbesucher von Jahr zu Jahr zu vermehren, auch für die am 8. September beginnende neue Spielzeit die billige Jahresplatzmiete beibehalten. Der Nachlaß für die Jahresplatzmiete beträgt bis zu 40 Proz. auf die untersten Tagesentrittspreise. Eine so weitgehende Preisermäßigung kann natürlich nur dann gewährt werden, wenn eine wirklich volle Jahresplatzmiete gelöst wird, also bei Übernahme von 30 Vorstellungen, nicht aber bei nachträglichem Zugang zur Platzmiete nach Beginn der Spielzeit. Für solche Teilplatzmiete kann der nur für die Jahresmiete gedachte volle Preisnachlaß nicht mehr gewährt werden. Beim nachträglichen Eintritt in die Jahresplatzmiete tritt eine Verringerung des Preisnachlasses ein, und zwar im anteiligen Verhältnis zu der Zahl der bereits gegebenen Vorstellungen. Es liegt daher im Interesse aller Theaterfreunde, sich den Vorteil des vollen 40prozentigen Preisnachlasses durch Lösung einer Platzmiete sofort und vor Beginn der Spielzeit zu verschaffen. Die Vorteile, die eine Platzmiete bietet, sind so oft gerühmt worden, daß sich ein näheres Eingehen erübrigt. Auch für die kommende Spielzeit find die im letzten Jahre erweiterten Vorteile beibehalten worden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das Tiefdruckgebiet über England ist seit gestern in zwei Teile zerfallen, die heute über der Nord- und Ostsee liegen und mit dem neuen, vor der irischen Küste angelangten ozeanischen Tief einen von Neufundland bis zur Ostsee reichenden Tiefdruckgürtel bilden. Die heute eingetretene Aufheiterung, die durch einen vorübergehenden Vorstoß des Azorenhochs bedingt ist, wird daher nicht von Dauer sein. Aus der Vorderseite des im Westen liegenden Tiefdruckgebietes ist Wärmeluft bereits nach Frankreich herangeführt worden, so daß jetzt wieder mit wärmerer Bitterung gerechnet werden kann. — Wetterausflücht für Donnerstag: Wärmer, wechselnd wolzig mit Aufheiterungen und zunächst noch meist trocken.

Verschiedenes

Der Kampf gegen den Lärm der Motorräder. pr. Berlin, 22. Aug. (Priv.-Tel.) Auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten wurden nach einer Meldung der „B.Z.“ gestern abend an sechs verschiedenen Stellen Berlins an den Hauptausfallstraßen die Kraftfahrzeuge daraufhin kontrolliert, ob ihre Maschinen Lärm verursachen. Die mit Inallender Maschine ankommenden Fahrer wurden angehalten. Den Polizeibeamten beigegebene Sachverständige entschieden, ob ein Rad beschlagnahmt werden sollte oder weiterfahren durfte. Eine große Anzahl Räder wurde den Fahrern abgenommen und wird auf dem Kraftverkehrsamt untersucht. Der gestrigen Kontrolle werden in den nächsten Tagen weitere Prüfungen folgen.

Typhuserkrankungen in Potsdam

In Potsdam ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Die Gesamtzahl der Erkrankten beziffert sich jetzt auf 42. Dem „B.Z.“ zufolge, habe sich nach genaueren Informationen ergeben, daß in jener Zeit, von der angenommen wird, daß in der Molkerei Veelit eine Typhusinfektion der Milch stattgefunden hat, in der Veelitzer Molkerei ein Gehilfe beschäftigt war, der nach den jetzigen Nachforschungen nicht mehr aufzufinden war. Er sollte an Grippe erkrankt und nach Berlin übergestiebelt sein. Die jüngsten Untersuchungen haben nun ergeben, daß der junge Mann seinerzeit Typhus hatte, und man hat damit die einwandfreie Erklärung, auf welche Art damals die Infektion zustande gekommen ist.

Von Indianern umzingelt

W.W. Rio de Janeiro, 21. Aug. (Tel.) Nach einer hier vorliegenden Meldung, hat die Funktion an der Grenze von Para dringende Hilferufe von der Siffsektion aufgenommen, die unter Führung von Commander Drott Nachforschungen nach den britischen Forschern Jancett angestellt hatte. Drott teilt mit, daß er von Indianern umzingelt sei. Die drahtlosen Signale kommen von ungefähr derselben Stelle, an der Oberst Jancett mit seinen Begleitern von Indianern erschlagen wurde.

Nach 18jährigem Schlaf erwacht

Aus Johannesburg (Südafrika) wird dem „Daily Express“ berichtet: In einem hiesigen Sanatorium ist eine Frau nach 18 Jahre dauerndem, starrstarrschlafähnlichem Schlaf wieder erwacht. 1910 war der Bräutigam dieser Frau bei einem Unfall ums Leben gekommen. Als sie diese Nachricht erhielt, fiel sie in einen todesähnlichen Schlaf. Sie wurde während 18 Jahren alle zwei Stunden künstlich ernährt. Das Erwachen erfolgte nach und nach.

Erneuerung des Reichs

In der „Deutschen Zeitung“ wurden Leitfäden des im Januar d. J. vom früheren Reichskanzler Dr. Luther gegründeten „Bundes für Erneuerung des Reiches“ veröffentlicht, die, wie der Bund selbst mitteilt, nur einen Ausschnitt aus der bisherigen Arbeit des Bundes darstellen. Den Leitfäden zufolge sollen die gesetzgeberischen Aufgaben ebenso wie die zentrale Verwaltung Preussens in der Weise auf das Reich übertragen werden, daß für dieses künftig als Reichsland zu verwaltende Land Reichspräsident und Reichstag an die Stelle von preussischer Staatsregierung und preussischem Landtag treten. Preußen soll also Reichsland werden. Die anderen Länder könnten sich auf Grund eines Landesgesetzes dem Reichsland anschließen. Einige im Gemenge mit dem Reichsland liegende oder nicht mehr leistungsfähige Länder sollen alsbald mit dem Reichsland verbunden werden. Gemeint sind damit die Länder Hessen, beide Mecklenburg, Oldenburg, Thüringen, Anhalt, Braunschweig, Hamburg, Bremen-Lübeck, Lippe und Schaumburg-Lippe. Die Gliederung des Reichslandes wäre dann nach dem Vorschlag folgende: die Gebiete von Schaumburg-Lippe, Lübeck, die drei getrennten Gebietsteile Oldenburgs, die sechs getrennten Gebietsteile Anhalts, die 28 getrennten Gebietsteile Braunschweigs, sowie die beiden getrennten Gebietsteile Hessens mit den sechs Erbländern würden den Provinzen des Reichslandes zugeschlagen werden. Die beiden zu vereinigenden Länder Mecklenburg, Thüringen und die beiden Hansestädte sollen gleichfalls die Eigenschaft als Provinzen des Reichslandes erhalten. Gleichzeitig sollen die in Süddeutschland liegenden Erbländer den sie umschließenden Ländern angegliedert werden. Weiter wird die Bildung eines Staatsrates des Reichslandes vorgeschlagen, ferner, daß bei dem Gebietsausgleich das Reichsland im Verhältnis zu den anderen Ländern als Einheit behandelt werden solle.

Reichskanzler a. D. Dr. Luther führt in der „Söln. Ztg.“ zu diesen Leitfäden, von denen er erklärt, daß sie nur einen Ausschnitt geben, u. a. aus:
Mit dem geringsten Verbrauch an Kräften soll das Reich auf die beste Weise verwaltet werden. Solange der Dualismus in der Reichshauptstadt zwischen preussischer und Reichsregierung, auch zwischen Preußenparlament und Reichstag besteht, sind durchgreifende, das ganze Reich umfassende Sanierungsmaßnahmen unmöglich. Die Aufgabe liegt darin, den Dualismus zwischen Reich und Preußen zu überwinden und doch den Zusammenhang Preußens als staatliches Gebilde zu erhalten. Ebenjowenig aber darf das Endergebnis eine Zentralisation sein, die soweit geht, daß sie die historischen Zusammenhänge stört und erlöset, was im deutschen Volke an Kulturwerten lebt. Gerade, um so stark als möglich deutsch zu sein, muß die Reichsgewalt durch ein ausgeprägtes, sich seines Wertes bewußtes Eigenleben der einzelnen Teile Deutschlands untermauert werden.

Die „Bairische Staatszeitung“ schreibt dazu: „Das Reichsland, das Dr. Luther schaffen möchte, würde alle historischen Zusammenhänge zerreißen und erdrücken. Es würde so übermäßig werden, daß Bayern, Württemberg und Baden, von Sachsen ganz zu schweigen, schwerlich noch neben ihm bestehen könnten. Man kann Grenzen verändern, kann Staatsformen umwandeln, aber den Geist kann man nicht vertreiben, und ob Preußen künftig ein Reichsland genannt würde oder nicht, es würde seiner geschichtlichen Entwicklung und seinem Geiste nach immer ein Preußen bleiben, nur daß es als ein Großpreußen, das seine Linie vom Main bis zum Neckar vorgeschoben hat, noch einflußreicher, noch bestimmender im Reiche sein würde. Unseres Erachtens müßten die Pläne Dr. Luthers die süddeutschen Länder der Zentralisation rettungslos überliefern. Ihre Durchführung wäre ein Triumph des Unitarismus über den föderalistischen Charakter des Reiches. Deshalb sind sie, so gut sie gemeint sein mögen, für Bayern undiskutabel.“

Der „Vorwärts“ erklärt, daß die preussische Regierung und mit ihr die Sozialdemokratie festhält an dem Standpunkt, daß die Schaffung des Einheitsreiches durch das Aufgehen der Länder im Reiche nur durch eine gleichzeitige Willens-erklärung aller Länder erfolgen könnte. Sie lehnen es strikte ab, daß Preußen seine Selbständigkeit als Land aufgibt.

Die Verluste der Stadt St. Ingbert. Die Stadt St. Ingbert (Saarpfalz) hat, wie die städt. Sparkasse meldet, große Verluste durch Kreditgewährung gegen ungenügende Deckung erlitten. Nach den inzwischen erfolgten Feststellungen beträgt die von der städt. Sparkasse an verschiedene Firmen im Saarlande und im übrigen Deutschland gegebene Kreditsumme ins-

gesamt ungefähr 5,8 Millionen Reichsmark. Wie hoch sich die gesamten Verluste der Stadt belaufen, läßt sich noch nicht mit Sicherheit sagen, doch rechnet man mit einer sehr hohen Summe, es wird von 4 Millionen gesprochen. Gegen den Leiter der Kasse, Finanzrat Bircher, der vom Amt suspendiert worden ist, wurde Strafantrag gestellt.

Kurze Nachrichten aus Baden

16. Mannheim, 21. Aug. Auf den Sportplatz des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Feudenheim, wo seit den Ferien 200 Kinder tagsüber untergebracht sind, warf der 15 Jahre alte Josef Bierling einen faustgroßen Kieselstein über die Umzäunung mitten in eine Gruppe Kinder und traf dabei einen 9 Jahre alten Schüler so unglücklich am Hinterkopf, daß der Junge zusammenbrach und nach kurzer Zeit verstarb. Eine Kindergärtnerin verfolgte den Übeltäter. Sie wurde von dem Bengel und seinen Begleitern mit einem Steinhagel empfangen und gleichfalls verletzt. Trotzdem erging sie keine Festnahme.

16. Kreis bei Mannheim, 21. Aug. Zum vierten Male tief der Heimat- und Verkehrsverein die Einwohner und Freunde der Gemeinde Kreis zum Feiertag zusammen. Auch in diesem Jahre ist die Veranstaltung wieder sehr stimmungsvoll und harmonisch verlaufen. Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und das große Mißtrau auf die Abhaltung eines größeren Festtages Abstand genommen. Der Feiertag blieb im Rahmen eines echten Volks- und Heimatfestes.

16. Donaueschingen, 21. Aug. Gestern abend verstarb im Freiburger Krankenhaus der zweite Beamte des hiesigen Bezirksamtes, Regierungsrat Freißner von Red, im Alter von 47 Jahren. Er wurde in Freiburg in einem Krankenhaus Heilung von einem Leiden, das er sich als Fliegeroffizier im Felde zugezogen hatte.

16. Furtwangen, 21. Aug. Der Gemeinderat hat Altbürgermeister Orth anlässlich seines 75. Geburtstages in Anbetracht seiner großen Verdienste um die Stadt, namentlich auf dem Gebiet des Bauwesens, zum Ehrenbürger ernannt und einer öffentlichen Anlage den Namen „Orth-Anlage“ gegeben.

16. Furtwangen, 21. Aug. Am Höhenort Pforsheim-Basel lag an sehr idyllischer Stelle in einer Höhe von 1054 Metern der alte, weit und breit bekannte Gasthof „Zum goldenen Raben“. Zu den ständigen Gästen des Rabens zählten schon vor vielen Jahren Danzjacob, später Walter Schulle von Brühl und andere bekannte Schriftsteller, die diesen Ort wegen seiner hervorragenden Lage bevorzugten. Vor 1 1/2 Jahren ist der Raben einem Großfeuer zum Opfer gefallen und eingestürzt worden. Die Stadtgemeinde Furtwangen hat den Brandplatz gekauft und ihn nunmehr an einen Hotelbesitzer weiter veräußert. Derselbe will auf derselben Stelle des alten Raben einen neuen modernen Gasthof im Schwarzwaldbstil errichten mit etwa 15 Fremdenzimmern. Mit den Bauarbeiten soll demnächst begonnen werden.

16. Furtwangen, 21. Aug. Die Arbeiten an der Fundamentierung des Turbinenhauses im Rember Kraftwerk haben begonnen. Die Durchquerung des ehemaligen Minenvererüfungsfeldes durch große Abzugsgräben ist zur Zeit beendet. Bis in die letzten Tage hinein wurden noch Minsgänger und Abzugsminen gesprengt. Die Sprengstoffe flogen noch wiederholt auf die rechtsrheinischen Ufer. Die Grenzbeamten und Rheinbauarbeiter befinden sich dabei in Lebensgefahr, nicht minder die auf dem Felde tätigen Landwirte. Tugend eine Anzeige über Signal vor den Sprengungen wurden französisch bereits nicht gegeben. Die auf dem Felde der Gemartung Furtwangen gemachten Sprengstoffe hatten ein Gewicht bis 20 Tilo und wurden weit über 1000 Meter Entfernung vom Rhein gefunden.

16. Mins (Amt Waldshut), 20. Aug. Am Samstag abend gegen 6 Uhr brach im Maschinenhaus der Volkmananlage der Herowerte durch Funken eines Ofens Feuer aus, das sich vor allem im oberen Raume des Maschinenhauses ausdehnte, und den Dachstuhl vollkommen zerstörte. Das Maschinenhaus fiel dem Feuer vollkommen zum Opfer. Der Ofen wurde außer Tätigkeit gesetzt. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung.

16. Waldshut, 22. Aug. Der 27 Jahre alte verheiratete Hauptlehrer Karl Erwin Gray aus den Emattungen, wohnhaft in Neßelwangen, hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen mehrfachen Sittlichkeitsverbrechens an Kindern zu verantworten. Der Angeklagte bestritt die Verfehlungen, er habe

nur Spaß mit den Kindern gemacht. Die Verhandlung endigte mit der kostenlosen Freisprechung des Beschuldigten mangels hinreichenden Beweises. Gegen Gray wird nun ein Disziplinarverfahren durch die Schulbehörde eingeleitet.

16. Landau, 22. Aug. Die französischen Dienststellen im besetzten Gebiete zeigen in der letzten Zeit ein besonders schroffes Vorgehen gegenüber der Bevölkerung. Als am vergangenen Samstag der 27jährige Landwirt Georg Beck aus Fischbach bei Dahn aus dem Wald heimkehrte, wurde er von französischen Gendarmen gestellt und durchsucht, wobei die Franzosen 7 Gewehrpatronen fanden, die Beck auf dem Waldwege aufgefunden hatte und schon seit längerer Zeit in einer Rocktasche bei sich trug. Die Gendarmen nahmen Beck mit nach dem Lager Ludwigswinkel, von wo aus er nach Landau ins Militärpolizeigefängnis verbracht wurde, wo er sich noch in Haft befindet. Beck ist verheiratet und Vater von 3 unmündigen Kindern. Er besitzt Haus und Hof in Fischbach. Warum man ihn wegen eines derartig geringfügigen Vergehens, nachdem der Tatbestand völlig klar liegt, in Haft behält, ist völlig unverständlich.

Handel und Wirtschaft

Deutscher Devisennotierungen

	22. Aug.		21. Aug.	
	Geht	Kommt	Geht	Kommt
Amsterdam 100 G.	168.09	168.43	168.09	168.43
Kopenhagen 100 Kr.	111.91	112.13	111.89	112.11
Italien . . . 100 L.	22.156	21.935	21.935	21.975
London . . . 1 Pf.	20.348	20.388	20.349	20.389
New York . . . 1 D.	4.194	4.202	4.1935	4.2015
Paris . . . 100 Fr.	16.38	16.42	16.385	16.425
Schwiz . . . 100 Fr.	80.72	80.88	80.74	80.90
Wien 100 Schilling	59.11	59.23	59.10	59.23
Prag . . . 100 Kr.	12.43	12.45	12.428	12.448

Reis Textil A.-G., Mannheim. Unter der Firma Reis Textil A.-G. in Mannheim wurde dieser Tage eine Aktien-gesellschaft mit einem Kapital von 250 000 Reichsmark gegründet, die sich mit dem Handel von Textilrohstoffen, insbesondere Baumwollabfällen und Linters, befaßt. Die Gesellschaft steht der Reis & Co. A.-G. in Friedrichsfeld i. Bad. nahe. Vorstandsmittglieder sind: Wilhelm Reich, Heidelberg, Wilhelm Henke, Mannheim, und Julius Garburger, Mannheim. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Edwin Reis, Heidelberg.

Staatsanzeiger

Persönlicher Teil

Ernennungen, Beförderungen, Duruförderungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Zum Polizeioberleutnant: Polizeimajor Heinrich Schüt, Mannheim.
Zu Oberrechnungsräten: die Rechnungsräte Karl Graab, Mannheim, Emil Boes, Freiburg, und Alois Zimmer, Karlsruhe.
Zu Polizeikommissären: Polizeioberwachmeister Hieronymus Kammerer in Mannheim und Kriminalsekretär Ernst Stuhl-müller in Karlsruhe.
Zu technischen Deskretären: die Technischen Sekretäre Karl Hüster, Pforzheim, und Otto Deum, Karlsruhe.
Zu Polizeioberwachmeistern: die Polizeihauptwachmeister Robert Algeier, Freiburg, Otto Siegeler, Freiburg, Hans Hammer, Mannheim, Otto Scherpy, Konstanz, Ernst Huns, Mannheim, Emil Boes, Freiburg, und Alois Zimmer, Karlsruhe.
Übertragen:
Dem Verwalter der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz, Oberrechnungsrat Emil Schweidert, die Stelle des Verwalters der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch, dem Verwaltungsob-erinspektor Emil Dauth an der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch mit der Amtsbezeichnung Oberrechnungsrat die Stelle des Verwalters der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz.

Für die tägliche Körperübung der Frau

Bleibe jung. Tägliche Körperübungen der Frau. Von Luise Neyberu. Else Wirminghaus. 3. Auflage. 64 Seit. mit 37. Abb. v. Hedwig Carlson u. I Tafel. 1,50 RM.

AUS DEM INHALT:
Allgem. Ziele und Vorbedingungen für die tägl. Körper-übung der Frau
Die tägliche Übungsfolge:
1. Der Zweck der einzelnen Übungen
2. Die Ausführung der Übungen (mit Übungsstafel und 37 Abbildungen)
3. Fortübungen
Hinwe für besondere Verwendung von Übungen
1. Bei Körperfehlern und Funktionsstörungen
2. Zur Bekämpfung einiger Unregelmäßigkeiten und Beschwerden
3. Ergänzungsbildungen
Anhang: Vergrößerte Übungsstafel
Diese Übungsfolge bedeutet kein neues System, sondern eine Zusammenstellung von Übungen, die für jede Frau, soweit sie organisch gesund ist, geeignet sind. Sie wollen für die tägliche Durcharbeitung des Körpers das Nötigste bieten und in möglichst knapp be-messener Zeit die vorteilhafteste Wirkung in gesund-heitlicher und ästhetischer Beziehung erzielen.

Bürgermeisterstelle

Der Amtsstadt Engen ist sofort neu zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich sofort, spätestens bis 26. d. Mts., bei Herrn Gemeinderat Kaufmann Kallenbach, Engen, unter Beifügung von Lebenslauf und Zeugnissen melden. S 844
Die Besoldung ist nach Gruppe 3a des Bad. Befol-dungsgesetzes in Aussicht genommen.

Geldlotterie

zu Gunsten des Mainzer und Wormser Domes usw.
Ziehung 13. und 14. Juli 1928.

In die für Baden genehmigten Lose fielen nachste-hende Gewinne: S 841

Je 100 RM: Nr. 11561, 98329, 98396, 107969, 116272.

Je 50 RM: Nr. 26182, 49970, 98901.

Je 20 RM: Nr. 11766, 26059, 26474, 26493, 49972, 60195, 60777, 60907, 75713, 98237, 98960, 116205, 116441, 116788.

Je 10 RM: Nr. 11242, 45, 95, 325, 432, 71, 532, 47, 981, 26036, 126, 422, 760, 951, 65, 49154, 65, 226, 496, 584, 678, 957, 60086, 201, 527, 50, 680, 893, 969, 75155, 209, 472, 529, 48, 57, 79, 604, 43, 51, 708, 98134, 49, 337, 597, 607, 824, 83, 89, 970, 107055, 487, 582, 720, 116196, 258, 375, 411, 44, 535, 45, 665, 907, 98.

Je 6 RM: Nr. 11192, 448, 83, 579, 94, 26028, 514, 772, 49230, 420, 668, 715, 869, 60081, 100, 42, 65, 204, 6, 606, 20, 736, 46, 842, 73, 946, 75004, 27, 219, 61, 86, 304, 527, 89, 998, 98006, 53, 241, 96, 682, 874, 107008, 315, 425, 519, 719, 37, 805, 52, 901, 14, 64, 83, 116037, 87, 209, 37, 51, 563, 699, 875.

Je 4 RM: Nr. 11006, 10, 71, 166, 87, 99, 225, 82, 402, 3, 5, 20, 510, 24, 634, 39, 62, 64, 67, 76, 756, 867, 68, 910, 34, 36, 60, 26027, 97, 114, 38, 224, 31, 99, 336, 44, 55, 93, 402, 56, 69, 92, 502, 61, 620, 25, 38, 52, 73, 708, 18, 33, 34, 55, 800, 1, 7, 60, 922, 32, 43, 53, 78, 88, 49026, 75, 80, 211, 303, 18, 85, 94, 517, 28, 88, 82, 86, 664, 97, 733, 53, 67, 71, 840, 55, 75, 935, 79, 60053, 120, 30, 39, 54, 79, 216, 41, 52, 92, 319, 70, 69, 86, 98, 403, 14, 16, 29, 51, 57, 66, 504, 38, 59, 621, 85, 752, 53, 71, 824, 69, 75, 99, 901, 17, 75063, 78, 92, 106, 24, 45, 50, 206, 48, 63, 313, 430, 33, 35, 37, 80, 563, 70, 617, 20, 38, 78, 784, 886, 921, 29, 36, 37, 68, 93, 98001, 12, 16, 33, 35, 45, 70, 104, 36, 64, 82, 200, 30, 31, 32, 308, 32, 70, 404, 51, 86, 502, 10, 76, 87, 614, 25, 33, 62, 73, 707, 13, 19, 43, 832, 51, 81, 910, 16, 22, 34, 43, 49, 65, 107011, 21, 30, 70, 100, 23, 28, 91, 205, 40, 79, 304, 25, 26, 37, 54, 79, 420, 47, 49, 52, 81, 99, 586, 600, 30, 56, 749, 87, 932, 37, 43, 48, 116036, 90, 95, 102, 18, 78, 91, 218, 61, 69, 76, 89, 330, 68, 412, 550, 674, 76, 740, 51, 60, 99, 805, 23, 42, 54, 72, 955, 78, 79, 86.

Gewinnauszahlung durch die besetzten Verkaufsstellen und J. Schweidert, Stuttgart, Marktstr. 6.

Oeffentl. Sparkasse Kappelrodeck.

Geschäftsbericht 1927.

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
Verwaltungsgebäude . . .	30 997,84	Guthaben der Einleger:	
Verbestand	3 261,81	a) Spareinlagen	402 879,63
Hypotheken	57 449,35	b) Giroeinlagen	3 142,28
Darlehen an Gemeinden u. Genossenschaften	56 218,80	c) Kontokorrenteinlagen bei Privaten	5 806,35
Schuldloshinrenten gegen Bürgschaft	174 686,86	Anlehenskapitalien	48 808,75
Darlehen bei Banken usw. Privaten	131 910,61	Aufwertungsfonto	5 154,24
Einnahmerückstände	12 969,10	Ausgabenrückstände	4,25
Geschäftsgegenstände	1,-	Rücklagen	11 625,72
	480 642,20	Geschäftsgewinn 1927	3 220,99
			480 642,20

Kappelrodeck, den 20. August 1928. R.605
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Krapp. Der Geschäftsleiter: Springmann.

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
KARLSRUHE
Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private

Kurze Lieferfristen
Preise mäßig

Detektiv-Instal u. Privat-Hauskunf!
"Argus"
Mannheim
Planken 6
Telefon 53305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Korbmöbel Mercedes
Günstig ab Fabrik an Privaten!
Doppelt so haltbar, reichhaltig, haltbar auf Wunsch.
Rohmaterial Mercedes, Lorch.